

492

Allgemeine Verwaltungsvorschriften für den Luftschutzhilfsdienst

Im Zuge der Bereinigung des Durchführungs- und Ausführungsrechts gebe ich nachstehend die

1. Allgemeine Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst (AVV-Alarmdienst);
2. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Umfang und Durchführung der Arzneimittelbevorratung (AVV-Arzneimittelbevorratung);
3. Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Ausbildung des Luftschutzhilfsdienstes (AVV-Ausbildungs-LSHD)

in der z. Z. geltenden Fassung bekannt.

Meine Runderlasse vom

10. März 1961, III a, 24 a 02 - 01 (StAnz. S. 389).

2. Juli 1962, III a, 24 a 02 - 01 (StAnz. S. 389).

4. Juli 1962, III a, 24 a 02 - 01 (StAnz. S. 389).

werden hiernit aufgehoben.

Wiesbaden, 27. 3. 1968

Der Hessische Minister des Innern

VIII 11 - 24 a 02 - 09

StAnz. 17/1968 S. 674

*

Allgemeine Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst (AVV-Alarmdienst) Vom 12. Januar 1961 i. d. F. vom 28. August 1965

Auf Grund des Artikels 85 Abs. 2 des Grundgesetzes wird mit Zustimmung des Bundesrates folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. Oktober 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1696) erlassen:

GLIEDERUNG

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

2. Abschnitt

Alarmmittel und Einsatz der Alarmmittel im Verteidigungsfall

1. Alarmmittel

1. Alarmmittel sind:

- a) feste Sirenenanlagen
- b) fahrbare Luftschutz-Sirenen
- c) behelfsmäßige Luftschutz-Alarmgeräte

3. Abschnitt

Planung, Beschaffung und Einbau

1. Planung

II. Beschaffung und Einbau

4. Abschnitt

Verwaltung der Alarmmittel

I. Empfangsnachweis und Vornahme

II. Wartung und Instandsetzung

III. Benutzung der Alarmmittel im Frieden

V. Gewöhnlichkeitsbestimmungen

VI. Verluste und sonstige Schäden

VII. Kostentragung, Mittelbewirtschaftung und Rechnungslegung

5. Abschnitt

Friedensmäßige Benutzung von Luftschutz-Sirenen

Anlagen:

1. Grundstückseigentümerversicherung A.
2. Erklärung des Komprochteilnehmers
3. Grundstückseigentümerversicherung B.
4. Gestattungsvertrag bei behördlichen Grundstücken
5. Wartungsvertrag

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

1. Aufgabe des örtlichen Alarmdienstes ist die öffentliche Alarmierung der Bevölkerung durch Sirenen oder sonstige akustische Mittel bei Angriffen durch Flugzeuge oder Raketen (Luftalarm) und bei radioaktiven Niederschlägen oder Vergiftung und Verseuchung durch chemische und biologische Kampfstoffe (ABC-Alarm) sowie die Bekanntgabe der Beendigung der Gefahr (Entwarnung) nach Luft- bzw. ABC-Alarm.

2. Der Alarmdienst gehört zum Aufgabengebiet des örtlichen Luftschutzleiters. In Orten nach § 9 Abs. 1 des Ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung (1. ZBG) steht ihm hierzu der Leiter des LS-Fernmeldewesens mit zur Verfügung.

3. Die zuständige Landesbehörde überwacht die ordnungsmäßige Durchführung des Alarmdienstes in den Ge-

6. Soweit die Länder und Gemeinden Alarmmittel beschaffen, werden diese Körperschaften nur im Auftrage und für Rechnung des Bundes tätig, die haben das Eigentum an den Gegenständen für den Bund zu erwerben.

5. Die aus Bundesmitteln beschafften Alarmmittel sind als Bundes Eigentum besonders zu kennzeichnen.

2. Abschnitt

Alarmmittel und Einsatz der Alarmmittel im Verteidigungsfall

1. Alarmmittel

6. Im örtlichen Alarmdienst werden verwendet:

- a) feste Luftschutz-Sirenenanlagen,
- b) fahrbare Luftschutz-Sirenen,
- c) behelfsmäßige Luftschutz-Alarmgeräte.

7. Mit den festen und fahrbaren Luftschutz-Sirenen werden folgende Signale gegeben:

- a) Heulton von 1 Minute Dauer, Bedeutung: Alarm bei Luftangriffen (= Luftalarm);
- b) 2 X unterbrochener Heulton von 1 Minute Dauer, Bedeutung: Alarm bei radioaktiven Niederschlägen oder Gefährdung durch biologische oder chemische Kampfstoffe (= ABC-Alarm);

c) Heulton von 1 Minute Dauer,

Bedeutung: Beendigung der Gefahr (= Entwarnung).

8. Die Signale nach Nummer 7 werden aus dem LS-Warnnetz an geschützten Orten (z. B. auf Straßen und Plätzen) gegeben; f. behelfsmäßigen LS-Alarmgeräten ist die Alarmzeichen durch den örtlichen LS-Leiter Nummer 17 und Nummer 18).

II. Einsatz der Alarmmittel

a) Feste Sirenenanlagen

9. Die festen LS-Sirenenanlagen sind an das LS-Warnnetz angeschlossen. Die LS-Warnanlage ist so zu beschaffen, dass sie bei Auslösung der Sirenen über das LS-Warnnetz angeschlossen ist.

Bei Auslösung der Sirenen über das LS-Warnnetz werden die Übertragung LS-Warnnetzes in dem betreffenden Bereich (z. B. in dem betreffenden Bereich) unterbrochen. Die hier eingebauten technischen Einrichtungen gehören zum LS-Warnnetz.

10. Die festen Sirenenanlagen werden durch das zuständige LS-Warnamt ausgelöst. Der LS-Leiter hat selbständig auszulösen:

- a) wenn das zuständige LS-Warnamt den Alarm auslöst, oder "ABC-Alarm" oder "Entwarnung" gegeben hat und die örtlichen Sirenen auszulösen, wenn der örtliche LS-Leiter Versagens der überörtlichen Steuerung festgestellt hat;

b) wenn das zuständige LS-Warnamt nicht alarmiert und auch über das LS-Warnnetz kein Stichwort gegeben hat, aber ein Luftangriff erkannt oder radioaktive Niederschläge bzw. biologische, chemische Kampfstoffe festgestellt werden.

11. Der örtliche LS-Leiter kann die Befugnis zur Auslösung der Sirenanlagen nach Nummer 10 auf die LS-Abschnittsleiter übertragen, wenn besondere Gründe dafür vorliegen.

12. Bei Ausfall auch der örtlichen zentralen Auslösung sind

nenanlagen des örtlichen Alarmdienstes“ (TR-Alarmdienst) zugrunde zu legen, die vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz im Benehmen mit den Ländern herausgegeben werden.

20. Bei der Planung sollen alle Stellen, Behörden und Betriebe, deren Interessen berührt werden, rechtzeitig beteiligt werden. Das zuständige LS-Warnamt ist in jedem Falle wegen des Anschlusses des örtlichen Alarmdienstes an den bundeseigenen LS-Warndienst zu beteiligen. Das LS-Warnamt

des Alarmdienstes herangezogen werden

Gleichzeitig stellt das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz — nach Maßgabe der verfügbaren Mittel — den Gemeinden über die zuständige Landesbehörde die für den Einbau beantragten Mittel zur Verfügung.

29. Nach Eingang der Mittel sind die entsprechenden Aufträge von den Gemeinden gemäß dem vorgelegten Bauvorschlag möglichst zu Festpreisen zu erteilen.

Zur Vereinfachung und Kostenersparnis sollte unter Einschaltung der zuständigen Landesbehörde eine zentrale einheitliche Vergabe der Aufträge auf Kreisebene angestrebt werden.

30. Bei der Erteilung der Aufträge sind die Bestimmungen der Vergabeverordnung für Leistungen (VO) und der Vergabungsverordnung für Bauleistungen (VOB) anzuwenden.

31. Der Anschluß der Sirenen über Fernsprechananschließungen und die etwa ausschließlich für diesen Zweck zu überlassenden Stromwerke sind bei der Deutschen Bundespost über den zuständigen Fernamtsleiter zu beantragen. Die Arbeiten der Deutschen Bundespost werden entsprechend den Gebührenvorschriften der VO über Fernsprechanlagen nach Aufwand berechnet.

32. Über die Abnahme ist eine Niederschrift anzufertigen und eine Ausfertigung davon der zuständigen Landesbehörde zu übersenden.

33. Die fahrbaren Luftschutzsirenen und -sirenenanlagen sind die fahrbaren Luftschutzsirenen und -sirenenanlagen, die entsprechende Anträge nach Maßgabe der vorhandenen Mittel.

4. Abschnitt

Verwaltung der Alarmmittel

1. Empfangsnachweis und Vereinnahmung

34. Die Gemeinden bestätigen dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz die Übernahme der Alarmmittel.

35. Die aus Bundesmitteln beschafften Alarmmittel sind von den Gemeinden in besonderen Bestandsverzeichnissen nachzuweisen.

36. Die den Gemeinden zugewiesenen Alarmmittel sind von den zuständigen Landesbehörden durch Stichproben auf Vollständigkeit, Brauchbarkeit und Führung des Nachweises zu überprüfen. Über die Prüfungen sind Niederschriften zu fertigen und dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz auf Anforderung vorzulegen.

II. Wartung und Instandsetzung

37. Die für die Unterbringung der Alarmmittel erforderlichen baulichen Maßnahmen sind von den Gemeinden durchzuführen; das gleiche gilt für den Abschluß von Miet- oder Pachtverträgen über Unterstell- und Lager Räume. Die für die Ausstattung der Unterstell- und Lager Räume notwendigen Gegenstände werden von den Gemeinden beschafft.

38. Für die Wartung und Instandsetzung der Alarmmittel sind die Bestimmungen der AVV-Ausrüstung - LSMD - vom 19. Mai 1960 (Bundesanzeiger Nr. 100 vom 25. Mai 1960) sinngemäß anzuwenden.

39. Für die Wartung ist mit einer geeigneten Fachfirma ein Wartungsvertrag nach dem Muster der Anlage 5 abzuschließen.

Die gemäß § 10 des Wartungsvertrages festzusetzenden Kosten (jährlich) sollen im Durchschnitt je Sirenenstelle nicht mehr als 140,- DM betragen. Falls in besonderen Fällen dieser Betrag nicht ausreicht, genehmigt die zuständige Landesbehörde eine Erhöhung des Betrages.

Dem zuständigen Fernmeldeamt der Deutschen Bundespost ist auf Verlangen Einblick in den Wartungsvertrag zu geben.

40. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit ist anzustreben, daß benachbarte Gemeinden gemeinsame Wartungsverträge abschließen.

41. Die allgemeine Betreuung von Sirenenstellen soll neben dem örtlichen Alarmdienstes (Sirenenwarten) übertragen werden, die möglichst im gleichen Hause wohnen.

42. Alle Schäden an fahrbaren Luftschutz-Sirenen sind sofort und, soweit möglich, mit eigenen Instandsetzungsmitteln auszubessern. Eine Inanspruchnahme von Privatfirmen ist nur begründet, wenn die eigenen Einrichtungen unzureichend sind oder fachkundiges Personal nicht zur Verfügung steht.

Vor der Vergabe von Instandsetzungsaufträgen an Privatfirmen sind Kostenanschläge einzuholen. Bei Arbeiten, die voraussichtlich den Betrag von 1000,- DM überschreiten, sind die Kostenanschläge vor Beginn der Arbeiten dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz vorzulegen. Die Vorschriften unter Nummer 30 sind zu beachten.

43. Formänderungen an zugewiesenen Alarmmitteln sind nur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz zulässig.

III. Probetrieb und Instandhaltung

44. Der Probetrieb dient der Unterbringung der Alarmmittel und der Überprüfung der Planung und Technik des örtlichen Alarmdienstes. Er ermöglicht ferner eine kurze Funktionskontrolle der technischen Einrichtungen.

45. Die festen Sirenenanlagen sind im Frieden in der Regel vierteljährlich jeweils im Rahmen der Inbetriebnahme des Luftschutz-Warnnetzes in der Weise kurzzeitig zu erproben, daß die Signale

Lauffalarm

ABC-Alarm

Warnung

mit einer Zwischenpause von mindestens einer Minute hintereinander ausgelöst werden. Das zuständige Warnamt ist zu beauftragen.

46. Unabhängig von dem Probetrieb sind die Sirenen und Alarmmittel für jeweils 2 bis 3 Sekunden einzuschalten, damit etwa am Lauf- oder an der Innenwand des Gehäuses angesetzte Lauf- oder Schmutzteile abgeschleudert werden.

47. Die fahrbaren Luftschutzsirenen sind monatlich durch Auslösung der Signale zu erproben. Diese Überprüfung soll in der Regel außerhalb der geschlossenen Ortslage durchgeführt werden.

48. Die Gemeinden haben der Bevölkerung Tag und Stunde des Probetriebes rechtzeitig öffentlich bekanntzugeben. Dabei ist zu beachten, daß sich der Wirkungsbereich der Fernsirenen in vielen Fällen auf benachbarte Gemeinden erstreckt.

Soweit militärische Einrichtungen vorhanden sind, ist auch der Standortkommandant bzw. Standortälteste der Bundeswehr rechtzeitig über den Probetrieb zu unterrichten.

49. Im Verteidigungsfall und wenn ein öffentlicher Notstand verkündet wird, hat ein Probetrieb von Alarmmitteln zu unterbleiben.

IV. Aussondern und Veräußern

50. Alarmmittel, die ihrer Zweckbestimmung nicht mehr entsprechen, sind auszusondern und zu veräußern oder anderweitig zu verwerten. Dabei sind die Bestimmungen der AVV-Ausrüstung - LSMD vom 19. Mai 1960 (Bundesanzeiger Nr. 100 vom 25. Mai 1960) sinngemäß anzuwenden.

V. Gewährleistungsbestimmungen

51. Jeder Mangel an Alarmmitteln, der sich während der Garanzzeit einstellt, ist unverzüglich dem Herstellerwerk gegenüber geltend zu machen. Eine Abschrift des Mängelberichtes ist der zuständigen Landesbehörde und dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz zu übersenden.

52. Soweit für die Alarmmittel eine besondere Garanzzeit nicht gewährt wurde, haben die verwaltenden Körperschaften bei Mängeln, die den Gewährleistungsansprüchen unterliegen, dies rechtzeitig vor Ablauf der gesetzlichen Gewährleistungspflicht von sechs Monaten der Lieferfirma gegenüber geltend zu machen. Der zuständigen Landesbehörde und dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz ist gleichzeitig eine Abschrift zuzuleiten.

53. Werden die Gewährleistungsansprüche von den Firmen abgelehnt, ist das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz einzuschalten.

VI. Verluste und sonstige Schäden

54. Verluste an Alarmmitteln oder Schäden durch Brand, Diebstahl oder unsachgemäße Behandlung sind der zuständigen Landesbehörde sofort mitzuteilen. Der Mitteilung ist ein Verzeichnis der verlorengegangenen und beschädigten Gegenstände beizufügen. Die Mitteilung muß außerdem enthalten:

- a) die feststehende oder mutmaßliche Ursache des Verlustes oder des Schadens;
 b) bei in Verlust geratenen oder durch Beschädigung unbrauchbar gewordenen Gegenständen:

- c) die Stromkosten (sie sind im Friedensbetrieb der Sirene so gering, daß sich eine Einzelberechnung durch die Elektrizitätswerke nicht lohnt; deshalb sind sie in

- d) die von der Bundespost zu machenden Verbindungen für Stromwege, die in besonderen Fällen notwendig werden.

- e) die Angabe der Personen für den Transport der Sirenen zu machen sind und gegebenenfalls die Höhe.

55. Bei Diebstahl, vorsätzlicher Sachbeschädigung, vorsätzlicher Brandstiftung ist unverzüglich der zuständigen Strafverfolgungsbehörde Mitteilung zu machen.

56. Bei Verlust ist außer der Mitteilung nach Nummer 54 bei der zuständigen Landesbehörde ein Antrag auf Genehmigung der Ausstattung im Bestandsnachweis. Dieser Antrag gilt für die Zwischenzeit als Bestandsnachweis, nach dem Bestandsnachweis fehlende Ausstattung.

57. Verluste an Ausrüstung, für die der Besatz der Sirenen die verwaltende Körperschaft beschafft wird, sind dem Bundesministerium für zivilen Bevölkerungsschutz mitzuteilen.

VII. Kostentragung

Mittelbewirtschaftung und Rechnungslegung

58. Die Kosten für die Beschaffung der Alarmmittel, die Einrichtung der Sirenenstellen, zu denen auch die Kosten für die technisch-handwerklichen Untersuchungsarbeiten bei der Planung und für die technisch-handwerklichen Leistungen bei der Überprüfung und Instandsetzung vorhandener Sirenen zählen, trägt der Bund. Daneben trägt der Bund insbesondere die in den nachstehenden Nummern genannten Ausgaben und erhält die hiermit verbundenen Einnahmen.

59. Der Bund trägt insbesondere folgende Kosten:

- a) die Kosten für den Bau oder die erstmalige Instandsetzung von geeigneten Unterstell- und Lagerstätten für die Alarmmittel; zu den Baukosten gehören die Nebenkosten, die durch die Zuziehung Dritter entstehen;
 b) den Pacht- oder Mietzins für Grundstücke oder Räume, die zur Unterbringung der Alarmmittel gepachtet oder gemietet werden;
 c) die Kosten für die Unterhaltung der Lager in ständiger Anwendung der Bestimmungen unter Nummer 68 Buchstaben c, d, f, g und h A.V.V. Ausrüstungs-Verordnung vom 19. Mai 1960 (Bundesanzeiger Nr. 100 vom 28. Mai 1960);
 d) die Abgeltung für den privaten Grundstückseigentümer (vgl. Nummer 22 Abs. 1 und Anlage I);
 e) die Kosten für Instandsetzungsarbeiten an Sirenen. Die Anrechnung des von dem Bundesministerium für zivilen Bevölkerungsschutz zu leistenden Schadensersatzes ist bedürftig der Zustimmung des Bundesministeriums für zivilen Bevölkerungsschutz. Die Kosten für die Unterhaltung der Lager in ständiger Anwendung der Bestimmungen unter Nummer 68 Buchstaben c, d, f, g und h A.V.V. Ausrüstungs-Verordnung vom 19. Mai 1960 (Bundesanzeiger Nr. 100 vom 28. Mai 1960);

60. Zu den Unterhaltungskosten für die Sirenen, die der Bund trägt, gehören:
 a) die Kosten gemäß § 10 des Waffengesetzes;
 b) die Kosten für die Beschaffung und Wartung der Sirenen.

Zur Bestreitung der Unterhaltungskosten gemäß Buchstaben a- c wird der Gemeinde über die zuständige Landesbehörde je Sirenenstelle ein Jahrespauschalbetrag von 160,- Deutsche Mark zur Verfügung gestellt. Ist eine Erhöhung nach Nummer 39 Abs. 2 Satz 2 genehmigt worden, so erhöht sich der Jahrespauschalbetrag für diese Sirenenstelle um die genehmigte Überschreitung des in Nummer 39 Abs. 2 Satz 1 festgesetzten Betrages.

61. Für fahrbare Sirenen wird ein Jahrespauschalbetrag von 120,- DM für Wartung und Probebetrieb festgesetzt.

62. Für das in örtlichem Alarmdienst verwendete Bundesvermögen gelten die Vorschriften über die Selbst- (Nicht-) Versicherung des Reichsministers der Finanzen vom 17. Dezember 1923 (Amtsblatt der Reichsfinanzverwaltung vom 21. Dezember 1923 Nr. 36 S. 520).

63. Auf die Verwaltung der Alarmmittel — ausgenommen die Regelung in den Nummern 34 u. 36 — und die für Rechnung des Bundes zu leistenden Ausgaben sowie die mit ihnen zusammenhängenden Einnahmen finden die landesrechtlichen Vorschriften über die Kassen- und Buchführung (einschließlich des Prüfwesens) der zuständigen Landes- und Gemeindebehörden, unbeschadet des Rechts der Nachprüfung durch den Bundesrechnungshof Anwendung.

Für die Verrechnung der Ausgaben und die Abrechnung mit der Bundeshauptkasse gelten die Allgemeinen Bestimmungen, die der Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit den Finanzministern (Senatoren) der Länder über die Bewirtschaftung von Bundesmitteln erlassen hat und gegebenenfalls noch erläßt.

5. Abschnitt

Friedensmäßige Benutzung von Luftschutz-Sirenen

64. Die Sirenen des örtlichen Alarmdienstes können im Frieden ganz oder teilweise für Zwecke der Feuerwehr und des Katastrophendienstes mitbenutzt werden, soweit dies ohne Beeinträchtigung von Luftschutz-Warnstellungen und der an sie herangetragenen Leistungen möglich ist. Außerdem können einzelne Sirenen zur Abgabe von Zeit- oder Pausenzeichen verwendet werden (unmittelbare Auslösung).

65. Die Sirenen des örtlichen Alarmdienstes sind folgende Signale festzusetzen:

- a) 3 X Dauerton von je 12 Sekunden mit je 12 Sekunden Pause;
 Bedeutung: Feueralarm
 b) 3 X Dauerton von je 12 Sekunden mit je 12 Sekunden Pause + 1 X Dauerton von 1 Minute;
 Bedeutung: Katastrophalarm
 c) 1 X Dauerton von 12 Sekunden;
 Bedeutung: Zeit- und Pausensignal.

66. Im Verteidigungsfall und wenn ein öffentlicher Not-

Anlage 1 zur AVV Alarmdienst

Grundstückseigentümervereinbarung A (Nur für private Grundstücke)

Zwischen dem Grundstückseigentümer

.....
(Name, Vorname, Anschrift)

und der Gemeinde — Stadt —

als zuständige Behörde im Sinne der §§ 2 und 3 des Ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. Oktober 1957 (BGBl. I S. 1696) wird folgende Vereinbarung getroffen:

1. Der Grundstückseigentümer
(Name)

ist damit einverstanden, daß auf seinem Grundstück in

.....
(Ort, Straße und Nr.)

eine Luftschutzsirene nebst den zum Betrieb der Sirene erforderlichen Vorrichtungen und Geräten (Gestänge, Stützen, Dachluken, Laufbretter, Leitungen, Erden usw.) angebracht, betrieben, unterhalten und instandgesetzt wird. Er verpflichtet sich, den Beauftragten der Gemeinde — Stadt — und des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz den Zutritt zu dem Grundstück und den eingebauten Geräten und Leitungen zu gestatten sowie den Zugang zur Sirene freizuhalten.

2. Die Gemeinde — Stadt —
verpflichtet sich,

a) dem Grundstückseigentümer für die von ihm übernom-

Grundstückseigentümervereinbarung B

(Nachbargrundstück)

bin
sind
mit einverstanden, daß über

.....
Verpflichtungen

Die Parteien erklären und erkennen an, daß nach der Fertigstellung gemeinsamer Beschäftigung das Dach und der Dachstuhl des oben bezeichneten Gebäudes im Umkreis von 2 m um den vorgeschriebenen Standort der Sirene keine folgende Schäden aufweist:

Die Vereinbarung gilt für die Dauer von 12 Jahren. Wenn die Anlage nicht mehr benötigt wird, ist die Gemeinde verpflichtet, sie zu beseitigen und den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen. Die dadurch entstehenden Kosten trägt die Gemeinde.

..... den 19.....

.....
(Grundstückseigentümer)

.....
(Gemeinde — Stadt)

(Unterschriften nach den Formvorschriften der Gemeindeordnung)

Anlage 2 zur AVV Alarmdienst

Erklärung des Fernsprechteilnehmers

Ich bin

Wir sind

damit einverstanden, daß die Anschlußleitung
meines
unseres

Fernsprechanschlusses Nr. Ortsnetz zur
Steuerung einer Sirenenanlage des Luftschutz-Alarmdienstes
— auch bei den erforderlichen, zeitlich festgelegten und öffentlich bekannt gegebenen Übungen — mitbenutzt wird.

Mir

uns

ist bekannt, daß die mitbenutzte Fernsprechan Anschlußleitung für die Dauer des Sirensignals für den Fernsprechverkehr gesperrt ist. Gesprächsverbindungen werden in diesem Falle ohne Ankündigung getrennt.

Ich

Wir

verzichte(n) gegenüber der Deutschen Bundespost auf Ansprüche, die sich aus der vorbezeichneten Mitbenutzung ergeben könnten.

....., den 19.....

(Unterschrift des Anschlußinhabers mit
ausgeschriebenem Vornamen bei Firmen
rechtsgültige Zeichnung)

(Wohnort, Straße und Hausnummer)

Anlage 3

.....
in Höhe von 60,- DM zu zahlen:

b) Schäden zu ersetzen, die aus der Anbringung, dem Betrieb und der Unterhaltung der Sirene und der dazugehörigen Geräte und Vorrichtungen an dem Grundstück entstehen sollten. Die gleiche Verpflichtung wird auch für solche Schäden übernommen, die Dritten aus der Anbringung, dem Betrieb und der Unterhaltung der Luftschutzsirene entstehen, soweit für sie der Grundstückseigentümer den Dritten gegenüber ohne

Ich
W
dan
me

.....
Grundstück in (Ort, Straße u. Hausnummer)

von der Deutschen Bundespost eine Leitung zur Sirenenanlage geführt und unterhalten

Zu diesem Zweck

gestatte ich
gestatten wir

den Beauftragten der Deutschen Bundespost

das Betreten des Grundstücks zur Durchführung der nötigen Arbeiten.

Falls dadurch Schäden am Grundstück oder an Gebäuden verursacht werden, verpflichtet sich die Gemeinde, die Schäden auf ihre Kosten zu beheben.

(Ort) den 19.....

.....
(Grundstückseigentümer)

.....
(Gemeinde — Stadt)

(Unterschriften nach den Formvorschriften der Gemeindeordnung)

Anlage 4

zur AVV Alarmdienst

Muster

Gestattungsvertrag

zwischen

dem (r) (Bezeichnung des Eigentümers des öffentlichen Grundstücks)

vertreten durch

und

der Gemeinde — Stadt —

I.

Der/Die (Bezeichnung des Eigentümers des öffentlichen Grundstücks) gestattet der (Gemeinde — Stadt)

auf ihre Kosten eine Luftschutzsirene anzubringen, zu betreiben und zu unterhalten.

II.

Die Gestattung ist unentgeltlich und dauert unbestimmte Zeit. Der/Die (Bezeichnung des Eigentümers des öffentlichen Grundstücks) wird sie nur widerrufen, wenn zwingende dienstliche Gründe (wesentliche Umgestaltung oder Abbruch des Gebäudes, Verkauf der Liegenschaft usw.) dies notwendig machen.

III.

Der/Die (Bezeichnung des Eigentümers des öffentlichen Grundstücks) gestattet den Beauftragten der Gemeinde — Stadt und des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, nach jeweils vorheriger Anmeldung bei der Hausverwaltung der örtlichen Dienststelle, den jederzeitigen Zutritt zu den eingebauten Geräten und Leitungen.

Der/Die (Bezeichnung des Eigentümers des öffentlichen Grundstücks) verpflichtet sich, den Zugang zur Sirene stets frei zu halten.

IV.

Die Gemeinde — Stadt verpflichtet sich, für alle Personen- und Sachschäden zu haften, die dem (r) (Bezeichnung des Eigentümers des öffentlichen Grundstücks) ihren Angehörigen oder Dritten durch die Einrichtung, den Betrieb oder die Unterhaltung der Sirene entstehen.

V.

Zur Abgrenzung der Verantwortlichkeit werden Dach und Dachstuhl vor Einbau der Sirene von den Beauftragten des (r) (Bezeichnung des Eigentümers des öffentlichen Grundstücks)

und der Gemeinde — Stadt

VII.

Im übrigen gelten für die Gestattung die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.

(r) den 19

(Grundstückseigentümer)

(Gemeinde — Stadt)

(Unterschrift nach den Formvorschriften der Gemeindeordnung)

Anlage 5

zur AVV Alarmdienst

Wartungsvertrag

für die Luftschutz-Sirenenanlage in

Zwischen

der Gemeinde (nachfolgend als „Gemeinde“ bezeichnet)

und

der Firma (nachstehend als „Firma“ bezeichnet)

wird folgender Vertrag abgeschlossen:

§ 1

Die Firma verpflichtet sich zur Wartung der Luftschutz-Sirenenanlage der Gemeinde.

§ 2

Umfang der zu wartenden Anlage

1. Sirenenstellen, je bestehend aus Kasten und Sirenen-Steuerrelais
2. Unterbauten für die Sirenen in Gebäuden oder Dreiecken aus Windständern und Normalschellen sowie Leitungen, Dachabdichtungen, Verstärkungen und besonders angebrachte Stützungen.
3. Handsteuergeräte (davon Starkstrom- und Starkstrom-Sirenen)

Der Anlagenumfang jeder Sirenenstelle ist in der Anlage aufgeführt.

Zur Wartung gehören außerdem in jeder Sirenenanlage im Umkreis von 2 m vom Rohrständer der Dachhaut, ferner die eingebauten Ausstrich- oder Laken, die Laufbretter auf dem Dach, die Stütz- und Bindungsanlagen.

§ 3

Wartungsarbeiten

Zu den Wartungsarbeiten gehören:

1. Regelmäßige Überholungsarbeiten, die in der Anlage aufgeführt sind.
2. Besondere Prüfungen von Anlageteilen, die bei der Wartung erforderlich werden und von der Firma auszuführen sind (vgl. § 6).
3. Untersuchungen der Ursache der bei den Prüfungen festgestellten Mängel und der Beseitigung derselben.

§ 4

Regelmäßige Prüfungen der Anlage

I.

Der Zeitpunkt der Prüfungen wird von der Gemeinde im Benehmen mit der Firma festgesetzt. Die Prüfungen müssen in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni und 1. Oktober bis 31. Dezember durchgeführt werden. Sie umfassen folgende Arbeiten:

a) Prüfung der Arbeitsweise der Geräte

Sirene, Schaltkasten und Sirenensteuerrelais sind durch kurzzeitige Einschaltung zu prüfen. Im Schaltkasten ist festzustellen, ob die Schaltelemente arbeiten, die Kontrolllampen brennen und die Reserveeinrichtung vorhanden ist. An der Sirene ist zu beobachten, ob das Laufband frei läuft, ob Korrosionserscheinungen festzustellen sind und ob starke Verschmutzung eingetreten ist.

Zustandes der Anlage
Metallteile und ihres Anstriches über
der Beschädigung und aller Befeh-

3. Prüfung der Isolation aller Leitungen und Geräte bis
zum Hausanschluß mit Isolationsmesser.

b) Prüfung des
Der Zustand aller

4. Gefährliche Untersuchungen und Reinigung des Schaltka-

Der Zustand aller

an der Installation

5. Säuberung und Instandsetzung des Anstriches an den

II II

Ob die Arbeiten von der Firma auf Grund des Kosten-
anschlages vorgenommen werden sollen, wird ihr von der Ge-

**Allgemeine Verwaltungsvorschrift
über Umfang und Durchführung der**

(AVV) ... Arzneimittelbevo-

Vom 19. Mai 1960

d. d. 18. vom 25. August

Steht die Firma fest, daß die Beseitigung dieser Fehler zur
Vermeidung von unmittelbaren Personen- oder Sachschäden
dringlich ist, so ist sie berechtigt und verpflichtet, bei gleich-
zeitiger Meldung an die Gemeinde, die Beseitigung vorzu-
nehmen.

§ 9

Dauer des Vertrages und Gerichtsstand

Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen, der
kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende jedes
vierten Jahres, erstmalig zum geän-
dert werden.

Als Gerichtsstand gilt der Sitz der diesen Vertrag abschlie-
ßenden Behörde.

§ 10

Wartungsentgelt

Für den aus § 1 sich ergebenden Umfang der L.S.-Sirenen-
anlage beträgt das Wartungsentgelt jährlich:

- a) *) Als Pauschale insgesamt DM.....
- Dabei wird als Durchschnitt je
- Sirenenstelle DM.....
- angenommen.
- b) *) für die Sirenenstelle Nr.*) DM.....
- für die Sirenenstelle Nr. DM.....
- für die Sirenenstelle Nr. DM.....
- für die Sirenenstelle Nr. DM.....
- für die Handsteuergeräte Nr. DM.....
- für die Handsteuergeräte Nr. DM.....
- für die Handsteuergeräte Nr. DM.....
- insgesamt DM.....
- *) Nur a) oder b)
Nichtzutreffendes streichen.

Das Wartungsentgelt ist vom Tage des Inkrafttretens die-
ses Vertrages an für den Rest des laufenden Kalenderjahres
sofort und von da ab für jedes Kalenderjahr im voraus zu
entrichten.

Das Wartungsentgelt richtet sich nach dem jeweiligen Um-
fang der Sirenenanlage mit der Maßgabe, daß Gebühren-
nachkommen, welche über den oben angegebenen Umfang

Auf Grund des § 80 Satz 2 des ersten
nahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung
9. Oktober 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 168)
b. Abschnittes auf Grund des Artikels 8
gesetzes wird mit Zustimmung des
Allgemeine Verwaltungsvorschrift erlass

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

1. Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift
§ 30 des ersten ZBG des Landes über
Arzneimittelbevorratung für Luftschutzz

2. Der Umfang der Bevorratung und die
einzelnen Arzneimittel richten sich nach
Bedarf der Länder für die Sicherstellung
der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfa-
llung der aufmaßlichen Angriffsfolgen.
den finanziellen Umfang der Gesamtbevö-
lkerung und für deren Durchführung im
funktionsabschnitten die entsprechenden
haushaltsplan maßgebend.

In diesem Rahmen gilt das Bundesge-
setz zum Schutz im Bereich mit dem L.
mittelliste heraus, die nach ärztlichen u
Gesichtspunkten auf dem Lande zu

3. Die Verteilung der Arzneimittel au-
nach Maßgabe eines vom Bundesamt
rangsschutz im Bereich mit dem L.
Schlüssels, der die Empfindlichkeit der
Bundesgebiete bei Luftangriffen berück

4. Die aus Bundesmitteln beschafften
stände sind als Bundesvermögen besond
(z. B. durch Brand, Prägestempel oder
die nach der Beschaffenheit des Gegen-
Arzneimittel sind nur zu kennzeichnen,
sorgung mit landeseigenen oder privaten
sorgen ist.

2. Abschnitt

Beschaffung und Abnahme der Arzneimittel

5. Die Beschaffung der Arzneimittel u
Umfang des Landes erfolgt für die Länder

Die Beschaffung der Arzneimittel

Die Beschaffung der Arzneimittel

b) die Überwachung des Wlgangs der Arznei-
mittelsendungen und der Rücksendung der umgekauft

c) die Überwachung der Arzneimittelbevorratung

d) die Überwachung der Arzneimittelbevorratung

e) die Überwachung der Arzneimittelbevorratung

f) Die Länder sind berechtigt, bei der Vergabe
der Beschaffungsstelle auszuweichen.

7. Ein Vertreter des Landes (Abnahmebeamter),
Bereich die Arzneimittelbevorratung, nimmt die Beschaf-
fung für das Land ab. Auf Grund des
des Bundesgesetzes für zivilen Bevölkerungsschutz
anhand der Vorbestellung
arbeiten. Nach der Abnah-
mittelbar an die von den
den der Landesbevorratung

(Unterschrift des
ausführenden Beamten)

(Unterschrift des Gemeindevorstandes)

8. Die Abnahme der Arzneimittel umfaßt nicht nur die Arzneimittel selbst, sondern auch die im Auftrag festgelegte Außenverpackung und deren Beschriftung. Güteprüfungen sind nur bei galenischen Präparaten und Chemikalien, nicht bei pharmazeutischen Spezialitäten durchzuführen, bei galenischen Präparaten und Chemikalien auch nur, wenn Bedenken wegen der Beschaffenheit des Präparates bestehen. Bei pharmazeutischen Spezialitäten mit Ausnahme von Mitteln bei denen eine staatliche Prüfung vorgeschrieben ist, genügt eine Musterprüfung.

Die Musterprüfung ist die einzige, die die erfolgreiche Abnahme zu bestätigen.

9. Soweit die Länder Arzneimittel, Geräte und sonstige Ausstattungsgegenstände selbst beschaffen, werden sie nur im Auftrag und für Rechnung des Bundes tätig und haben das Eigentum an den Gegenständen für den Bund zu erwerben.

3. Abschnitt

Verwaltung der Arzneimittelvorräte

I. Empfangsnachweis und Vereinnahmung

10. Die Übernahme der Arzneimittel durch die Länder ist von diesen der Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern auf Formularen, die ihnen von dieser Dienststelle oder

der Bundesverwaltung übergeben werden, zu bestätigen. Die Rücksendung der zum Umlauf fähigen Arzneimittel an die Lieferanten werden im Auftrag und für Rechnung des Bundes von den Ländern durchgeführt. Der Umlauf ist in der Lagerkartei zu vermerken.

11. Austauschende Arzneimittel werden in der Originalpackung, die nicht geöffnet werden darf, gelagert. Besondere Vorschriften der Hersteller sind dabei zu beachten. Der Austausch von Lagerbeständen gegen frische Ware um Zug und so auszuführen, daß der Lagerbestand vollständig bleibt.

12. Die Vollständigkeit der eingelagerten Arzneimittel sowie die fachgerechte Verwaltung und Lagerung in jedem Lager ist von den Ländern jährlich durch Prüfungen zu bestätigen. Eine Abschrift des Prüfungsberichtes, der zugleich ein Verfahrensbericht sein soll, leiten die Länder dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz zu.

13. Die Versicherung der Lagerbestände gelten die Vorschriften über die Selbstversicherung gemäß Erlass des Reichsministers der Finanzen vom 17. Dezember 1923 (Amtsbl. der Reichsverwaltung Nr. 26 vom 21. Dezember 1923). Beiträge

der Länder

der Länder sind dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz zu übermitteln. Die Bundesverwaltung übernimmt die Verwaltung der Lagerbestände, wenn diese erforderlich ist.

Sonderregeln

14. Arzneimittel, die ihrer Zweckbestimmung nicht mehr entsprechen, sind auszusondern. Über das Aussondern und die Verwertung bzw. Vernichtung entscheidet das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz im Einvernehmen mit den Ländern. Soweit im Rahmen der hierfür bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in Ausnahmefällen eine Veräußerung der benötigten oder für Luftschutzzwecke unbrauchbaren Arzneimittel erfolgen soll, sind diese zunächst der Hersteller anzubieten.

15. Das Aussondern und die Verwertung von Ausstattungsgegenständen der Arzneimittel Lager erfolgt durch die Bundesverwaltung.

16. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

17. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

18. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

19. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

20. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

21. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

22. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

23. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

24. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

25. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

26. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

27. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

28. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

29. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

30. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

31. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

32. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

33. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

34. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

35. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

36. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

37. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

38. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

39. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

40. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

41. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

42. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

43. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

44. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

45. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

46. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

47. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

48. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

49. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

50. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

51. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

52. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

53. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

54. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

55. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

56. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

57. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

58. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

59. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

60. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

61. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

62. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

63. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

64. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

65. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

66. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

67. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

68. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

69. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

70. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

71. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

72. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

73. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

74. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

75. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

76. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

77. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

78. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

79. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

80. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

81. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

82. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

83. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

84. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

85. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

86. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

87. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

88. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

89. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

90. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

91. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

92. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

93. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

94. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

95. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

96. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

97. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

98. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

99. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

100. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

101. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

102. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

103. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

104. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

105. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

106. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

107. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

108. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

109. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

110. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

111. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

112. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

113. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

114. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

115. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

116. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

117. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

118. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

119. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

120. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

121. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

122. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

123. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

124. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

125. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

126. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

127. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

128. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

129. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

130. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

131. Die Bundesverwaltung ist berechtigt, die Lagerbestände

der Bundesverwaltung zu übermitteln.

b) den Pacht- und Mietzins für Grundstücke oder Räume

[illegible]